

Antrag an die MV der BL in Kassel

Christine Buchholz, Tobias Pflüger

Die Bewegungslinke organisiert eine online-Veranstaltungsreihe zu Militarismus und Antiimperialismus.

Ein Reader mit Grundlagentexten wird von den Referent*innen zusammengestellt.

1. Einführung :

Teil I: Was ist eigentlich Imperialismus? Grundlegende Kernannahmen verstehen.

Teil II: Ein genauerer Blick: Imperialismustheorien im Vergleich

2. Von der Militarisierung der Deutschen Außenpolitik seit den 90ern bis zu den 100 Mrd Euro „Sondervermögen“

3. Machtpolitik und die Militarisierung der EU

4. Was ist Antiimperialismus konkret? Was ist Antimilitarisierung konkret?

Mögliche Referent*innen:

- Christine Buchholz
- Özlem Demirel
- Stefanie Haenisch
- Claudia Haydt
- Tobias Pflüger
- Sascha Radl
- Ingar Solty
- Jürgen Wagner
- Daphne Weber

...

Begründung:

In der Debatte um die friedenspolitische Ausrichtung der Partei spielt der antimilitaristische Gründungskonsens der LINKEN eine immer geringere Rolle.

DIE LINKE wirkt kaum noch als Akteurin in der Anti-Kriegs-Bewegung, grundlegendes Wissen über die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und Kritik des Imperialismus.

Die neue Generation an Parteimitgliedern hat viele der friedenspolitischen Grundsatzdebatten und die letzten großen Mobilisierungen gegen den Irak- und Afghanistankrieg nicht mehr aktiv miterlebt.

Die Vermittlung von grundlegendem Wissen ist nötig, um angesichts des Ukraine-Krieges und den anstehenden Europawahlen zu bestehen.

Mit der Einrichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ über 100 Mrd. Euro, der Ankündigung der Umsetzung des 2%-Ziels der NATO (d.h. 2% des BIP in Rüstung) sowie der Beschaffung von Kampfdrohnen und atomwaffenfähigen F-35-Kampffjets setzt die Ampel-Koalition lang gehegte Pläne zur Stärkung der militärischen Rolle Deutschlands um. Dabei geht es ihr nicht um das berechtigte Sicherheitsbedürfnis der Menschen, die durch diesen Krieg verunsichert sind oder um Verteidigung.

Es geht darum, Deutschland nicht nur als Wirtschaftsmacht, sondern auch als Militärmacht für die härter werdenden Kämpfe um Einflusssphären zu rüsten. Dieser Kurs wird seit den 90er Jahren forciert, seit 2014 orientierte die Große Koalition auf Auslandseinsätze und „Landes- und Bündnisverteidigung“, von 2014-2021 wuchs der Militärhaushalt daraufhin um 50%.

Die Bundesregierung nutzt nun den Krieg Russlands gegen die Ukraine aus, um eine antimilitaristisch gesonnene Bevölkerung auf die Militarisierung der Außenpolitik einzuschwören. Um die Lebensinteressen der Bevölkerung zu verteidigen, braucht Deutschland nicht die „beste Armee aller Zeiten“ und muss auch nicht drittgrößte Militärmacht weltweit werden. Das Geld wird zudem an anderer Stelle fehlen und es scheint wie Hohn angesichts kaputtgesparter Schulen und Krankenhäuser, überlasteter Pfleger*innen oder armer Rentner*innen, wenn plötzlich die Milliarden für Rüstung locker gemacht werden. Bezahlen müssen diese Aufrüstungswelle die Lohnabhängigen und Armen, indem sie mehr schufteten und erwirtschafteten und den Gürtel enger schnallen sollen.

Ein Sondervermögen über 100 Milliarden für erneuerbare Energien und einen klimaneutralen Umbau der Produktion halten wir als LINKE für notwendig und angemessen. Es wäre ein besserer Beitrag zum Frieden und zur Klimagerechtigkeit.

Mit dem Ampel-Aufrüstungspaket wappnet sich nun die Rüstungsindustrie für Auftragsbooms und stellt neue Beschäftigte ein. Nach der EU-Taxonomie, die bereits Gas und Atomkraft als „nachhaltig“ klassifiziert hat, giert die Rüstungsindustrie darauf, auch dieses Prädikat zu erhalten.

Die in der EU ökonomisch stärkste Macht, Deutschland, ist bestrebt, mit der Atommacht Frankreich zusammen auch die EU zu einer schlagkräftigen Militärunion auszubauen. Schritte und Maßnahmen auf diesem Weg wurden bereits eingeleitet.

Bereits 2016 wurde in der EU-Globalstrategie festgehalten, dass die EU in der Lage sein muss, wichtige Handelsrouten und Seewege im eigenen Interesse zu sichern – zur Not auch militärisch. Nach der Ankündigung, dass Großbritannien aus der EU austritt, wurde unter der Abkürzung PESCO die

ständige, strukturierte militärische Zusammenarbeit der EU aktiviert und verschiedene Instrumente zur Förderung militärischer Zusammenarbeit und gemeinsamer schlagkräftiger Waffentechnologie in der EU eingerichtet. Der im März 2022 beschlossene „strategische Kompass“ bettet diese Zielsetzung, die bereits geschaffenen Instrumente und weiterhin noch „benötigte“ militärische Kapazitäten in eine Gesamtstrategie für die EU ein. Das zugrunde liegende Bekenntnis ist deutlich: Die EU ist gut gerüstet und eine eigenständige Macht in einer Zeit der großen Rivalität unter den Weltmächten und der Neuaufteilung der Welt.